

Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen

Auskunft erteilt: Bernd Bormann

Telefon: 04252/391-311

Datum: 18.06.2015



B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage Nr.: SG-0181/15

Beratungsfolge:

Samtgemeinderat

16.07.2015

öffentlich

Betreff:

**Kritische Auseinandersetzung mit den Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA -
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen über die derzeit von der EU-Kommission geführten Verhandlungen bezogen auf ein Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA, ein Handelsabkommen (CETA) mit Kanada und ein multilaterales Dienstleistungsabkommen (TiSA).

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen auf das kommunale Handeln in verschiedenen Bereichen haben werden, z.B. bei

- der öffentlichen Auftragsvergabe
- der Gestaltung der regionalen Energieversorgung,
- dem kommunalen Umweltschutz,
- der Förderung und Unterstützung der Kultur (z.B. Theater),
- der Erwachsenenbildung (z.B. VHS),
- den Tarifverhandlungen und den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Gemeinde

Für die Bürger der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen ist es ebenfalls von großer Wichtigkeit, dass folgende Lebensbereiche keinerlei Verschlechterung erfahren:

- Schutz des Grundwassers (Gefahr durch Fracking)
- Schutz der heimischen Landwirtschaft (Gefahr durch genveränderte und pestizidbelastete Pflanzen)
- Eigenständigkeit der Sparkassen und Volksbanken

Die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen fordert vor diesem Hintergrund, dass

1. die aktuellen Verhandlungen mit Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
2. keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstversorgung erfolgen
3. die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen und auch nicht durch die Verwendung sogenannter

- Negativlisten eingeschränkt und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen und regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
4. der sogenannte Investorenschutz mit Klagemöglichkeiten vor nicht staatlichen Schiedsgerichten, der auch zu Ungunsten der Kommunen möglich wäre, verhindert wird und
 5. den Abkommen CETA, TTIP und TiSA nicht zugestimmt wird, solange die vorstehenden Punkte nicht erfüllt wurden.

Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich die aktuellen Beschlüsse des Deutschen Städtetages, Deutschen Landkreistages, Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes kommunaler Unternehmen in dem „Gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen“ vom Oktober 2014 und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen in vollem Umfang an.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Ablehnung von CETA, TTIP und TiSA in der derzeitigen Form in den Nds. Städte- und Gemeindebund, den Nds. Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund und den Deutschen Landkreistag einzubringen,
- das Europäische Parlament und den Bundestag aufzufordern, diesem Abkommen so lange nicht zuzustimmen bis gesichert ist, dass deutsche bzw. europäische Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden sowie die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung uneingeschränkt bleiben,
- die örtlichen Abgeordneten im Europäischen Parlament, im Bund und im Land aufzufordern, dem Abkommen in der derzeitigen Form nicht zuzustimmen,
- diese Ablehnung dem Bundeswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Sachverhalt/Begründung:

Die Fraktion Bündnis90/ Die Grünen hat mit Datum vom 20.09.2014 den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Antrag zu kritischer Auseinandersetzung mit den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA gestellt.

Nachdem der Rat der Samtgemeinde in seiner Sitzung vom 23.10.2014 beschlossen hat, sich mit dem Antrag zu befassen, hat Herr Dr. Arning vom Niedersächsischen Städtetag am 20.01.2015 im Planungsausschuss umfangreich zu den Freihandelsabkommen und deren Auswirkungen auf die Kommunen Stellung genommen.

Im Nachgang wurden allen Ratsmitgliedern das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände sowie die Entschließung des Bundesrates und die Leitlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Verfügung gestellt.

Bernd Bormann

Anlage
keine